

Bildung | Vorschule und Schule

Lehren aus der PISA-Misere

vbw

Position
Stand: März 2025

Die bayerische Wirtschaft



Vorwort

Ein Weckruf für die deutsche Bildungspolitik

Die deutschen Schüler haben bei der letzten PISA-Studie im Jahr 2022 so schlecht abgeschnitten wie noch nie seit erstmaliger Durchführung der Vergleichsstudie im Jahr 2001. Schlechte Ergebnisse gab es in allen Basiskompetenzen: im Lesen, Rechnen und in den Naturwissenschaften.

Im Vergleich zur PISA-Studie 2018 entspricht der Rückgang der Kompetenzen in Mathematik und im Lesen dem durchschnittlichen Lernfortschritt eines ganzen Schuljahres. Zudem zeigt sich auch weiterhin ein deutlicher Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen. Um die Zukunft in Bayern und Deutschland langfristig nicht zu gefährden, braucht es also massive Anstrengungen auf allen Ebenen – sei es in der Politik und Bildungsverwaltung, in den Schulen und seitens der Eltern. Denn klar ist: Für ein Land, das über keine Rohstoffe verfügt, ist Bildung die wichtigste Ressource.

Zwar gilt für Bayern, dass die Ergebnisse in anderen Bildungsstudien, wie beispielsweise dem IQB-Bildungstrend, der einen Leistungsvergleich der Länder ermöglicht, weniger alarmierend ausfallen als jene der gesamtdeutschen PISA-Studie 2022. Dennoch lassen die Daten der letzten PISA-Studie auch für Bayern auf einen entscheidenden Veränderungsbedarf aufgrund sinkender Schülerleistungen schließen.

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. hat seit dem Jahr 2000 mehr als 250 Millionen Euro in die Weiterentwicklung des Bildungssystems investiert. Wir werden auch künftig unseren Teil dazu beitragen, mit innovativen Gutachten und Bildungsprojekten Veränderungsprozesse anzustoßen, zu unterstützen und in die Fläche zu tragen. Unsere vorliegende Position zeigt auf, welche Maßnahmen wir aufgrund unserer langjährigen Arbeit empfehlen. Dazu gehört die konsequente Sprachförderung bereits in den Kindertagesstätten sowie die rhythmisierten Ganztageschulen. Es gilt, die Bildungsergebnisse flächendeckend zu verbessern und jedem Einzelnen die Chance auf eine bestmögliche individuelle Förderung zu geben.

Bertram Brossardt
26. März 2025

Inhalt

	Position auf einen Blick	1
1	PISA 2022: Negativrekord für deutsche Schulen	4
1.1	Ergebnisse im Detail	4
1.2	Gründe für den Leistungsabfall	5
1.3	Interpretation der Ergebnisse für Bayern	6
2	Herausforderungen für die Bildungspolitik	7
2.1	Rahmendaten für Deutschland	7
2.2	Rahmendaten für Bayern	8
3	Handlungsempfehlungen für den Weg an die Spitze	9
3.1	Herausforderungen für das gesamte deutsche Bildungssystem	9
3.2	Notwendige Aktivitäten auf Bundesebene	10
3.3	Schule in Bayern konsequent weiterentwickeln	11
4	Wirtschaft als Veränderungspartner: vbw setzt Bildungsoffensive weiter fort	14
4.1	Mit Studien und Gutachten die Grundlage für Veränderung schaffen	14
4.2	Mit innovativer Projektarbeit Veränderungen anstoßen	14
	Ansprechpartner/Impressum	16

Position auf einen Blick

Das Bildungssystem konsequent und zukunftsorientiert weiterentwickeln

Ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem ist nicht nur eine entscheidende Voraussetzung für den Erhalt unserer volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und dauerhaften internationalen Wettbewerbsfähigkeit, es kann auch einen maßgeblichen Beitrag zur Stärkung der demokratischen Werte in unserer Gesellschaft sowie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten und bildet die Grundlage für die ökonomische und gesellschaftliche Teilhabe eines jeden Einzelnen.

Um die großen Herausforderungen der Gegenwart meistern zu können, allen voran die Demografie, Digitalisierung und Dekarbonisierung, braucht unser Bildungssystem mehr Bildungsqualität, mehr Bildungsbeteiligung und mehr Partizipationsgerechtigkeit – gerade mit Blick auf den steigenden Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund. Damit es gelingen kann, alle Bildungspotenziale zu heben, müssen die Ansatzpunkte für eine konsequente Weiterentwicklung des Bildungssystems identifiziert, entsprechende Maßnahmen eingeleitet und stringent umgesetzt werden.

Der jüngste PISA-Vergleich zwischen den OECD-Ländern macht deutlich, dass ein hohes Maß an Partizipationsgerechtigkeit nicht zu Lasten des Leistungsniveaus gehen muss. Unser Bildungssystem muss noch besser auf die individuellen Belange der Lernenden eingehen und die Bildung jedes Einzelnen muss jetzt und in Zukunft von zentraler Bedeutung sein. Die Digitalisierung bietet dabei große Chancen, auf die Heterogenität sowie die alters- und begabungsgerechte Förderung passgenau und individuell einzugehen.

Die vbw empfiehlt vor dem Hintergrund der PISA-Misere:

- Kindertageseinrichtungen müssen noch stärker als erste Stufe des Bildungssystems etabliert werden. Der Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder in Kindertageseinrichtungen bis zur Einschulung muss konsequent umgesetzt und gelebt werden.
- Insbesondere in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen muss eine spezifische Qualifizierungsinitiative für das pädagogische Personal aufgelegt und die Zusammenarbeit in Teams und Netzwerken beständig gestärkt werden.
- Die Zusammenarbeit zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen ist nachhaltig auszubauen. Ein verpflichtendes und je nach Leistungsstand zeitlich flexibles Vorschuljahr kann als echte Vorbereitung auf die Grundschule auch die erforderlichen (Sprach-)Standards absichern.
- Der konsequenten Sprachförderung, die mittels verpflichtender Sprachstandserhebungen in den Kindertageseinrichtungen und explizit vor der Einschulung und parallel zum Lernprozess initiiert wird, muss in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen der absolute Vorrang eingeräumt werden. Die Vermittlung einer sicheren individuellen Sprachkompetenz muss auch in den weiterführenden Schulen gezielt weiterentwickelt werden.

- Bereits in der Grundschule muss eine fundierte mathematische Grundbildung erfolgen, die in den weiterführenden Schulen kontinuierlich und in unterschiedlichsten Lehr- und Lernformen gefestigt, ausgebaut und in regelmäßigen Monitorings überprüft wird.
- Die flächendeckende Flexibilisierung der Grundschulzeit muss als eine zielgerichtete Maßnahme vorgehalten werden, wenn Kinder nach der Regelzeit von vier Schuljahren die definierten und anvisierten Standards in den Basiskompetenzen Lesen, Schreiben und Mathematik nicht hinreichend erzielen.
- Eine Erhöhung der Stundenanteile in den Kernfächern Deutsch und Mathematik ist für alle Schulformen beschleunigt zu prüfen. Insbesondere in der Grundschule kann hierdurch die Festigung und Weiterentwicklung grundlegender Kompetenzen ermöglicht werden. Ebenso muss eine Überprüfung der Unterrichtskonzepte für das Fach Deutsch als Fremdsprache zeitnah erfolgen, damit neu zugewanderten Kindern ohne ausreichende Deutschkenntnisse eine bessere Aussicht auf schulischen Erfolg gegeben werden kann.
- Rhythmisierete Ganztagschulen müssen als Angebotsschulen von der Grundschule bis zum Gymnasium flächendeckend proaktiv verstärkt etabliert werden. Der weitere Ausbau muss insbesondere in Brennpunkten mit niedrigem Sozialindex deutlich intensiviert werden, denn mehr Lernzeit ist eine Chance für mehr Bildungsqualität und Partizipationsgerechtigkeit.
- Für Bildungseinrichtungen, die sich z. B. durch die verstärkte Integration von Schülern mit Migrationshintergrund und/oder einem höheren Schüleranteil aus sozioökonomisch benachteiligten Familien auszeichnen, muss ein Sozialindex als Steuerungsinstrument und Investitionsgrundlage eingeführt werden, damit die Ressourcenzuteilung im Schulsystem gezielt dort verstärkt getätigt wird, wo die Bedarfe augenscheinlich am größten sind.
- Damit Schulen eigenverantwortlich handeln können, muss der Wechsel von der Input- zur Outcome-Steuerung noch intensiver vollzogen werden. Schulen muss verstärkt Eigenverantwortung in den Bereichen Organisation, Qualitätsentwicklung/Qualitätssicherung, Haushalt/Finanzen sowie Personal eingeräumt werden. Dies schließt die Implementierung einer mittleren Führungsebene mit Fach- und Personalverantwortung an allen Schulformen und die Zuweisung von Finanzmitteln in Form von Globalbudgets ein.
- Aus den Erfahrungen der Corona-Pandemie müssen Konsequenzen für die Zukunft gezogen werden. Die einzelnen Bildungseinrichtungen müssen dabei unterstützt werden, Resilienz zu entwickeln. Hierdurch können sie zukünftige Krisen besser bewältigen und den Einzelnen dabei unterstützen, eigene Resilienz aufzubauen.
- Das pädagogische Personal muss noch besser auf die zunehmende Heterogenität der Kinder und Jugendlichen vorbereitet beziehungsweise entsprechend qualifiziert werden. Gerade auch die Chancen digitaler Bildung gilt es diesbezüglich über alle Phasen der Lehrerbildung stärker zu verankern und, wo erforderlich, das pädagogische Personal durch externe Angebote zu unterstützen.
- Ein vielfältiger Maßnahmenkatalog zur Gewinnung zusätzlichen Fachpersonals, inklusive einer vermehrten Attraktivitätssteigerung von pädagogischen Berufen, muss kurz-, mittel- und auch langfristig dazu beitragen, den Fachkräftebedarf in Kindertageseinrichtungen und Schulen zu decken.

- Die talent- und arbeitsmarktbezogene Berufsorientierung muss weiter intensiviert werden. Berufliche und akademische Bildung müssen als gleichwertige Karrierewege vorgestellt und behandelt werden. Von zentraler Bedeutung ist, dass Berufsorientierung nicht nur in den einzelnen Unterrichtsfächern, sondern als Querschnittsaufgabe fächerübergreifend umgesetzt wird. Ziel muss es sein, ein Qualitätsmanagement-System-Berufsorientierung (QMBO) an allen allgemeinbildenden Schulen von der fünften Jahrgangsstufe bis zur Abschlussklasse zu implementieren.
- Die digitale Transformation der Schulen muss intensiv weitergeführt werden. Ziel muss es sein, den Corona-bedingten Digitalisierungsschub zu nutzen sowie zielgerichtet in eine qualitativ hochwertige digitale Bildung zu investieren, um noch mehr individuelle Förderung und Partizipationsgerechtigkeit zu ermöglichen. Die robuste und flächendeckende Bereitstellung und Ausstattung der Schulen mit digitalen Endgeräten und der notwendigen Infrastruktur bilden hierfür die Grundlage.
- Digitales Lehren und Lernen und das Ziel der Vermittlung digitaler Souveränität müssen in den Curricula festgeschrieben sowie verlässlich und zielgenau in den Unterricht integriert werden. Eine innovative und zukunftsweisende schulische Bildung soll aus einem Methodenmix aus Präsenzlernen, Onlinelernen und dem Einsatz digitaler Tools bestehen, in dem die Lernformen jeweils ihre Stärken ausspielen und sich sinnvoll ergänzen, um mehr individuelles Lernen zu ermöglichen.
- Die Staatsregierung ist gefordert, einen lückenlosen und alle Bildungsphasen integrierenden Maßnahmenplan vorzulegen, der zeigt, welche Ziele mit welchen Maßnahmen kurz-, mittel- und langfristig konkret erreicht werden sollen, um der PISA-Misere wirkungsvoll zu begegnen. Der Maßnahmenkatalog muss einem ständigen Controlling unterliegen. Nur so können effektive Maßnahmen, die zu einer Verbesserung der Bildungsqualität beitragen, verstärkt fortgeführt und ausgebaut werden.
- Um die Mobilität von Eltern und Schülern über Ländergrenzen hinweg zu vereinfachen, muss die Schulqualität in Deutschland auf hohem Niveau vergleichbarer werden. Dies darf aber nicht dazu führen, Leistungsniveaus in den Ländern abzusenken oder die Kulturhoheit aufzuweichen.
- Initiativen des Bundes wie der „DigitalpaktSchule“ müssen verstetigt, entbürokratisiert und nachhaltig finanziert werden. Dann können sie wichtige Impulse für die qualitative Weiterentwicklung der Bildung in den Ländern geben. Auch hier gilt, dass diese Programme nicht dazu führen dürfen, die Kulturhoheit der Länder aufzuweichen.
- Bund und Länder sind aufgefordert, gemeinsam und konstruktiv Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, die die Leistungsfähigkeit des Schulsystems in ganz Deutschland weiter steigern.

1 PISA 2022: Negativrekord für deutsche Schulen

Gravierender Leistungsabfall und rückläufige Lernergebnisse

Die 2023 veröffentlichten PISA-Ergebnisse stellen Deutschland insgesamt ein erschreckend schlechtes Zeugnis aus: So fielen die deutschen Schüler beispielsweise in Mathematik mit einem Punktwert von 475 besonders ab, schließlich erreichten sie in der Untersuchung im Jahr 2018 noch 500 Punkte. Dieser Rückgang entspricht ungefähr der Lernleistung eines ganzen Schuljahres und damit liegt Deutschland nur noch knapp über dem OECD-Durchschnitt. Zudem verfehlten 30 Prozent der Jugendlichen in Mathematik die Mindestanforderungen. Im Lesen kamen die Schüler der neunten Klassen auf 480 Punkte (2018: 498) und jeder vierte Schüler erfüllte nicht die Mindestanforderungen. In den Naturwissenschaften erreichten die Schüler im Schnitt 492 Punkte (2018: 503). Im internationalen Vergleich liegt Deutschland mit diesen Mittelwerten in Mathematik insgesamt nur noch nahe am OECD-Durchschnitt, in den Naturwissenschaften noch leicht darüber. Ein Ergebnis, mit dem sich die Bildungsnation Deutschland nicht zufriedengeben darf.

1.1 Ergebnisse im Detail

- Soziale Herkunft: Die soziale Herkunft spielt in Deutschland nach wie vor eine große Rolle für den schulischen Erfolg. Sozial privilegierte Schüler der neunten Jahrgangsstufe erzielen hierzulande 111 Punkte mehr als sozial benachteiligte Kinder. Der Abstand zwischen beiden Gruppen ist größer als im OECD-Durchschnitt und seit 2012 unverändert. In Mathematik ist der durchschnittliche Leistungsunterschied zwischen Schülern mit und ohne Zuwanderung mit 59 Punkten erheblich. Damit bleibt Deutschland auch bei der Partizipationsgerechtigkeit hinter dem Durchschnitt zurück.
- Einordnung der getesteten Kompetenzen: Knapp ein Drittel der Neuntklässler verfügt in mindestens einem der drei Testbereiche nur über sehr geringe Kompetenzen. Etwa jeder sechste Jugendliche hat in allen drei Bereichen deutliche Defizite. Der Anteil dieser besonders leistungsschwachen Jugendlichen ist seit 2018 weiter gewachsen.
- Mathematikleistungen: Der Anteil der leistungsschwachen Schüler in Mathematik lag 2012 bei 18 Prozent, im Jahr 2018 bei 21 Prozent und beträgt aktuell 30 Prozent. Im Vergleich zu 2012 stieg der Anteil der 15-Jährigen, die unter dem Mindestniveau liegen, somit um zwölf Prozentpunkte. Weiterhin haben die Jugendlichen im Vergleich zum Jahr 2012 weniger Freude und Interesse an Mathematik. Zugenommen hat auch die Ängstlichkeit gegenüber dem Fach und die 15-Jährigen sehen weniger Nutzen darin, Mathematik zu lernen.
- Leseleistung: Der seit 2012 anhaltende Abwärtstrend bei der mittleren Lesekompetenz der 15-Jährigen setzt sich auch in der aktuellen Erhebung fort (480 Punkte gegenüber 498 Punkte in 2018). Das definierte Mindestniveau verfehlten 25 Prozent der Schüler. Der Anteil der besonders leistungsstarken Schüler ist hingegen auf knapp acht Prozent

gesunken. An nichtgymnasialen Schularten in Deutschland liegt der Anteil der lese-schwachen Schüler sogar bei 35 Prozent. Diese Jugendlichen sind kaum in der Lage, Texte sinnentnehmend zu lesen.

- Leistungen in den Naturwissenschaften: Das Mindestniveau verfehlten hier 23 Prozent der Schüler. Im Vergleich zu 2012 stieg der Anteil der 15-Jährigen unter dem Mindestniveau um elf Prozentpunkte an, der Anteil der leistungsstarken Schüler blieb bei etwa zehn Prozent konstant.

1.2 Gründe für den Leistungsabfall

Sind die jüngsten PISA-Ergebnisse auch noch so niederschmetternd, überraschend sind sie keinesfalls: Im IQB-Bildungstrend 2022 zeigte sich bereits, dass in den Kompetenzbereichen Lesen und Zuhören nur etwa 50 Prozent der Neuntklässler in Deutschland, die einen Mittleren Schulabschluss anstreben, den Regelstandard (Stufe III) erreichen oder übertreffen. Im Vergleich zur letzten IQB-Untersuchung im Jahr 2015 sind die Anteile signifikant zurückgegangen, das Niveau hat sich also insgesamt verschlechtert. Ein Drittel der getesteten Jugendlichen erreichte nicht den erforderlichen Mindeststandard (Stufe II) für einen Mittleren Schulabschluss. Dies entspricht ebenfalls einem signifikanten Anstieg im Vergleich zu 2015. Auch verzeichnet der IQB-Bildungstrend 2022 eine Zunahme der Kopplung zwischen sozialer Herkunft und erreichten Kompetenzwerten. Damit wird deutlich, dass die PISA-Ergebnisse keinesfalls überraschend ausfallen, sie haben sich vielmehr lange angekündigt.

- Der Mangel an Lehrkräften ist ein Erklärungsansatz. 73 Prozent der Schüler in Deutschland besuchen Schulen, in denen der Unterricht durch einen Mangel an Lehrkräften beeinträchtigt wird. 2018 waren es 57 Prozent. 25 Prozent der 15-Jährigen lernen an Schulen, in denen Lehrkräfte ungenügend ausgebildet sind (2018: 16 Prozent). In den meisten Ländern schneiden Schüler an Schulen mit einem Lehrkräftemangel schlechter in Mathematik ab als an Schulen mit geringem oder keinem Lehrkräftemangel.
- Die Heterogenität der Schülerschaft ist zwar kein neues Thema, sie steigt aber weiter an und ist eine weitere Ursache für die schlechten Leistungen. Ursachen hierfür sind zum Beispiel der zunehmende Anteil an leistungsschwächeren Schülern mit Migrationshintergrund sowie die Zunahme von psychischen Belastungen bei Kindern und Jugendlichen.
- Eine weitere und nicht unerhebliche Ursache für das schlechte Abschneiden der deutschen Schüler liegt in der Corona-Pandemie begründet. Die Ergebnisse zeigen, dass die Schulschließungen einen negativen Effekt auf den Kompetenzerwerb hatten. In Deutschland geben 71 Prozent der getesteten Schüler an, dass ihre Schulen aufgrund der Corona-Krise mehr als drei Monate geschlossen waren. Im OECD-Durchschnitt erlebten 51 Prozent der Schüler ähnlich lange Schulschließungen. In Bildungssystemen, in denen die Leistungen bei PISA 2022 hoch geblieben sind, waren weniger Schüler von längeren Schulschließungen betroffen. Beim Distanzunterricht hatten 35 Prozent der Schüler in Deutschland mindestens einmal pro Woche Probleme, die schulischen Aufgaben zu verstehen und 23 Prozent hatten Probleme, jemanden zu finden, der ihnen bei schulischen Aufgaben helfen konnte.

- Zudem haben die Corona-bedingten Schulschließungen die Bildungsungleichheit weiter verstärkt. Gerade Nicht-Akademikerkinder ohne durchgängige elterliche Unterstützung sowie leistungsschwächere Schüler waren besonders stark in ihrem individuellen Lernfortschritt betroffen.
- Die stärkere psychosoziale Belastung der Kinder und Jugendlichen sowie eine deutlich gesunkene Lebensqualität, mehr gesundheitliche Probleme und stärkere Ängstlichkeit spielten darüber hinaus eine größere Rolle als zur Zeit vor der Covid-19 Pandemie. Vor allem Kinder und junge Heranwachsende aus schwächeren sozialen Verhältnissen, oft mit Migrationshintergrund und mit eingeschränktem Wohnraum, waren stark benachteiligt.
- Ein weiterer wesentlicher Erklärungsansatz für die schlechten Ergebnisse liegt in der starken Koppelung zwischen zentralen Grundkompetenzen und dem sozioökonomischen Hintergrund sowie auch dem Migrationshintergrund der Kinder und Jugendlichen begründet. Ein Viertel aller 15-Jährigen gilt als sozioökonomisch benachteiligt, mit Migrationshintergrund gilt dies für 42 Prozent. Insgesamt macht die soziale Herkunft in Deutschland mit 19 Prozent einen größeren Unterschied in den Schülerleistungen aus als im internationalen Durchschnitt (15 Prozent). Von Bedeutung ist zudem, dass in knapp 20 Prozent der Familien mit schulpflichtigen Kindern wenig oder kein Deutsch gesprochen wird.

1.3 Interpretation der Ergebnisse für Bayern

Was gilt für Bayern? In Bayern haben die Schüler der 9. Jahrgangsstufe beim IQB-Bildungstrend 2022 richtig gute Ergebnisse im Lesen, in Mathematik und in den Naturwissenschaften erzielt. Die Schüler erlangen mit 494 Punkten im Kompetenzbereich „Orthografie“ (Bundesdurchschnitt: 469 Punkte) und mit 477 Punkten im Kompetenzbereich „Zuhören“ (Bundesdurchschnitt: 456 Punkte) unter den deutschen Ländern jeweils den ersten Rang. Die Studie offenbart aber auch für Bayern Handlungsbedarf: So haben unter den bayerischen Jugendlichen im Fach Deutsch beispielsweise beim Lesen 11,5 Prozent und beim Zuhören 13,4 Prozent die Mindeststandards für den ersten Schulabschluss nicht erreicht.

Für die ehrliche Interpretation der PISA-Ergebnisse muss auch, wie beim IQB-Bildungstrend, von einer Leistungsspreizung innerhalb der deutschen Länder ausgegangen werden. Die PISA-Ergebnisse für Deutschland sollten aber gleichsam ein Ansporn für den Bund und jedes einzelne Land sein, in den Reformanstrengungen massiv zuzulegen, gezielt in die Behebung der Problemlagen zu investieren und sich den Herausforderungen aktiv und handlungsorientiert zu stellen.

2 Herausforderungen für die Bildungspolitik

Mehr Bildungsqualität durch individuelle Förderung

2.1 Rahmendaten für Deutschland

Für das Bildungssystem in Deutschland zeichnen sich in den zentralen Kompetenzbereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften deutliche negative Entwicklungstrends ab. Für die Sekundarstufe bedeutet dieser Leistungsabfall, dass viele Kinder bereits beim Übertritt von der Grundschule in die Sekundarstufe deutliche Defizite in zentralen Kompetenzbereichen aufweisen und diese Lücken in den weiterführenden Schulen nicht mehr geschlossen werden können. Für eine nachhaltige Verbesserung der Leistungen in den grundlegenden Kompetenzbereichen ist eine Kraftanstrengung von Bund und Ländern notwendig. Die Herausforderungen sind für Deutschland und die Länder grundsätzlich gleich:

- Heterogenität an Schulen ist kein neues Thema, gewinnt aber zunehmend an Relevanz und hat weiter erheblich zugenommen. In der Folge sind die Leistungsunterschiede zwischen den Lernenden immer größer geworden und nicht allen Schülern kann die notwendige individuelle Förderung zuteilwerden. Je größer jedoch die Niveauunterschiede sind, desto schwieriger wird der Einsatz traditioneller Lehrmethoden. Mit der steigenden Integration von Geflüchteten hat sich die Heterogenität zusätzlich verschärft: Allein in Bayern wurden seit dem Kriegsausbruch in der Ukraine rund 30.000 zusätzliche Schüler ohne Deutschkenntnisse in das allgemeinbildende Schulsystem integriert.
- Die beiden Bildungsbereiche Vorschule und Schule sind in Deutschland darauf ausgerichtet, dass Eltern ihre Kinder kontinuierlich beim Kompetenzerwerb unterstützen und in ihrer Bildungslaufbahn begleiten. Es zeigt sich jedoch, dass dies für viele Familien aus unterschiedlichen Gründen (z. B. Sprachbarriere, fehlende zeitliche Ressourcen) in dem erforderlichen Maß nicht leistbar ist.
- Kinder müssen, orientiert an aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen, differenziert und an den jeweiligen Lernvoraussetzungen anknüpfend gefördert werden, was jedoch immer weniger gelingt. So sind beispielsweise Schüler, die nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, mit mittlerem Schulabschluss und Abitur unterrepräsentiert, während sie in der Gruppe der Schulabgänger ohne Abschluss, mit Förderschul- sowie Haupt- oder Mittelschulabschluss überrepräsentiert sind.
- Bundesweit hat das gemessene Bildungsniveau weiter abgenommen und der Anteil der Schüler, die den Regelstandard erreichen oder übertreffen, fällt geringer aus. Hingegen ist ein steigender Anteil von Schülern zu verzeichnen, der den Mindeststandard nicht erreicht. Hier gilt es massiv anzusetzen.
- Der Lehrermangel nimmt weiter zu und gleichzeitig berichten Lehrkräfte von Überforderung, auch bedingt durch die große Heterogenität in den Schulklassen. Während die Kultusministerkonferenz für den Zeitraum 2023 bis 2035 eine Lehrkräftelücke von 68.000 Personen prognostiziert, kommt das Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie zu einem deutlich anderen Befund: Bis in die Mitte der 2030er-Jahre wird der

Lehrkräftemangel in den allgemeinbildenden Schulen voraussichtlich mindestens 115.000 Personen betragen, es können aber auch über 175.000 werden.

2.2 Rahmendaten für Bayern

Die deutschlandweiten Herausforderungen sind grundsätzlich auch für Bayern gültig, dennoch muss der Blick auf spezifische bayerische Entwicklungen und länderspezifische Daten gelegt werden, um zielgerichtet Handlungsempfehlungen ableiten zu können. Die bayerischen Daten und Fakten im Detail:

- Immer noch verlassen 5,3 Prozent der Schüler in Bayern die Schule ohne Abschluss. 15 bis 20 Prozent der Schüler sind nur bedingt berufsbildungsfähig. Sie verfügen nicht über notwendige fachliche Fertigkeiten und personale Kompetenzen, um eine duale oder schulische Berufsausbildung erfolgreich absolvieren zu können.
- Gerade in Bayern müssen neben den vielen minderjährigen Geflüchteten aus Syrien, Afghanistan etc. viele geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine erfolgreich in die Schulen integriert werden.
- Die Schülerzahlen werden auch in Bayern weiter steigen: Im Schuljahr 2023/2024 gab es ca. 1,7 Millionen Schüler – im Schuljahr 2034/2035 werden es 1,9 Millionen sein, so die Vorausberechnung des Freistaates. Notwendige Ressourcen, gerade auch an pädagogischem Personal, müssen entsprechend vorgehalten werden.
- Schulische Bildung muss sich nicht nur qualitativ weiterentwickeln, sondern auch vergleichbarer werden. Nur so wird Mobilität für Schüler und Eltern über Ländergrenzen hinweg einfacher und dem Anliegen von Unternehmen und deren Mitarbeitern Rechnung getragen. Dies darf aber weder zu Qualitätseinbußen in Bayern führen, noch die Kulturhoheit der Länder in Bildungsfragen untergraben. Gerade die eigene Verantwortung für das Bildungssystem hat wesentlich mit dazu beigetragen, dass Bayern in nationalen Leistungsvergleichsstudien kontinuierlich Spitzenplätze belegt, das heißt der Wettbewerbsföderalismus ist für Bayern von Vorteil und das Bildungsniveau der Schüler ist höher als im übrigen Bundesgebiet, ohne vorzuenthalten, dass auch in Bayern der Trend negativ ist.
- Reformbemühungen im Schulsystem gehen auch in Bayern teilweise zu schleppend voran und die Verwaltungsebenen sind nicht so konzipiert, dass sie auf neue Gegebenheiten und Herausforderungen schnell und adäquat reagieren können.

3 Handlungsempfehlungen für den Weg an die Spitze

Schulen fit machen für die Herausforderungen der Zukunft

3.1 Herausforderungen für das gesamte deutsche Bildungssystem

Als kritische Bilanz der PISA-Ergebnisse 2022 lässt sich im Grundsatz festhalten:

- Heterogenität braucht Flexibilität: Digitale Medien und Anwendungen können dabei helfen, intensiver auf den einzelnen Schüler einzugehen und den Unterricht flexibler zu gestalten. Die technische beziehungsweise digitale Ausstattung aller Schulen muss dafür weiter ausgebaut werden – mit dem Ziel der qualitativen Verbesserung der Lehr-/Lernprozesse. Zudem muss noch intensiver dafür gesorgt werden, dass die verwendete Hard- und Software einsatzfähig ist und auch bleibt. Letzteres ist definitiv nicht die Aufgabe der Lehrkräfte.
- Mehr Schüler verlangen nach mehr pädagogischem Personal: Der Mangel an pädagogischem Personal ist keine bayerische, sondern eine bundesweite Herausforderung. Die Folge ist, dass zu viele Unterrichtsstunden entfallen und wertvolle Bildungszeit verloren geht. Aus Sicht der Bayerischen Wirtschaft wäre es hilfreich, die Organisations- und Verwaltungsaufgaben von Lehrkräften massiv zu reduzieren beziehungsweise zu externalisieren, Lehrern noch stärker die Möglichkeit einzuräumen, zusätzlich die Lehrbefähigung in einem Mangelfach zu erlangen, Lehramtsstudenten kontinuierlich als Unterrichtsassistenten einzubinden und vermehrt sowie gezielt auch Lehrkräfte aus dem Ausland zu rekrutieren – etwa für den Fremdsprachenunterricht.
- Mehr Leistungsspreizung verlangt nach mehr Professionalisierung des pädagogischen Personals und neuen Akteuren: Die Aus- und Weiterbildung von Lehrenden muss sich noch stärker auf den Umgang mit Heterogenität, Individualisierung und Differenzierung konzentrieren. Zudem muss geprüft werden, ob nicht auch Akteure von außerhalb der Bildungseinrichtungen, wie zum Beispiel Bildungsträger, intensiver als bisher einbezogen werden können, um die vielfältigen Herausforderungen in den Griff zu bekommen und Lehrer zu entlasten.
- Für eine erfolgreiche und qualitativ hochwertige Integration von Migranten braucht es mehr Sprachkompetenz: Für den Bildungserfolg der Schüler ist die Beherrschung der deutschen Sprache unerlässlich. Das gilt nicht nur für das Fach Deutsch, sondern für alle Fächer und Lernbereiche, da Deutsch die durchgehende Unterrichtssprache ist. Daher gilt: Jede Unterrichtsstunde ist eine Deutsch-Stunde. Es müssen alle Bemühungen dahin gehen, sicherzustellen, dass jeder Schüler beim Übertritt in die weiterführende Schule über ausreichende Deutschkenntnisse verfügt, um dem Unterricht wirklich gezielt folgen zu können.

3.2 Notwendige Aktivitäten auf Bundesebene

Die aktuellen PISA-Ergebnisse stellen den Bund vor zukunftsweisende Herausforderungen im Bildungsbereich:

- Kulturhoheit der Länder beibehalten und Vergleichbarkeit erhöhen: Schulische Bildung muss in ganz Deutschland nicht nur qualitativ weiterentwickelt, sondern auch vergleichbarer werden. Nur so wird die Mobilität für Schüler und Eltern über Ländergrenzen hinweg einfacher. Dies darf aber weder zu Qualitätseinbußen in Bayern führen noch die Kulturhoheit der Länder in Bildungsfragen schwächen. Denn insbesondere die eigene Verantwortung für das Bildungssystem hat wesentlich mit dazu beigetragen, dass Bayern in nationalen Leistungsvergleichsstudien kontinuierlich Spitzenplätze belegt. Ein Schritt zu mehr Vergleichbarkeit ist, die Daten der PISA-Studien zukünftig wieder länderspezifisch auszuwerten. So werden belastbare Aussagen möglich, wie es um die Schulleistungen in den 16 Ländern konkret steht und welche Maßnahmen wirklich ergriffen werden müssen.
- Kultusministerkonferenz (KMK) zur Beratungs- und Coachingeinheit weiterentwickeln: Die KMK als übergreifendes Gremium muss ihrer Aufgabe als Kontrollorgan für die 16 Länder endlich gerecht werden. Dies bedeutet: weg vom stetigen Debattieren, hin zu detaillierter Analyse der jeweiligen Studienergebnisse und Weiterentwicklung der KMK zu einer echten Beratungs- und Coachingeinheit. So können die Landesregierungen ausgearbeitete Maßnahmenpläne für mehr Bildungsqualität vorlegen, die dann von der KMK begleitet und kontrolliert werden. Nur so kann ein echtes und unabhängiges länderspezifisches Monitoring etabliert werden. Einen Schritt in die richtige Richtung hat die KMK 2024 vollzogen, indem sie sich eine neue Struktur gegeben hat. Innerhalb der KMK bestehen nun drei eigenständige Ministerkonferenzen für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Die Teilung beziehungsweise „Entwirrung“ dieser drei Inhalte kann zu mehr Fachlichkeit, mehr Effizienz und mehr Kontinuität in der Arbeit der KMK führen.
- Bundesprogramme verstetigen, entbürokratisieren und nachhaltig mit Finanzmitteln ausstatten: Initiativen der Bundesregierung wie der geplante „Digitalpakt 2.0 Schule“ und die damit verbundenen Finanzmittel des Bundes für die Länder werden von der vbw unterstützt, denn sie können zeitgemäße Impulse für den flächendeckenden Ausbau der digitalen Bildungsinfrastruktur setzen. Auch das „Startchancen-Programm“ wird von der vbw begrüßt, da es bedarfsgerecht hilft, wo die Herausforderungen in den Ländern am größten sind: nämlich an Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schüler. Das auf zehn Jahre angelegte Programm startete in Bayern im Schuljahr 2024/2025 erfolgreich mit 100 Grund- und Mittelschulen. Im Schuljahr 2025/2026 werden rund 480 weitere Schulen aufgenommen. Derartige Bildungsoffensiven dürfen aber nicht dazu führen, die Kulturhoheit der Länder aufzuweichen. Die alleinige Verantwortung für die Bildungspolitik soll auch in Zukunft ausschließlich bei den Ländern liegen. Allerdings braucht es dringend weniger Bürokratie und nachhaltige, in einen Maßnahmenplan eingebettete Finanzmittel, damit die Länder schneller und planungssicher entscheiden können, wie Bildung vor Ort passgenau gestaltet und das Bildungssystem im jeweiligen Land weiterentwickelt werden kann.
- Der Blick ins Ausland lohnt – KMK als Servicepartner etablieren: Bei internationalen Leistungsvergleichsstudien lohnt immer der Blick in jene Länder, die besser abgeschnitten haben. Eine bloße Übernahme von förderlichen Strukturen werden die

Bildungsergebnisse hierzulande nicht verbessern, aber eine kluge, auf die regionalen Gegebenheiten angepasste, modellhafte Adaption und Testung von etablierten Ansätzen kann neue Impulse geben. Hier kann die KMK ebenfalls eine wichtige Rolle als Servicepartner einnehmen und ein Screening erfolgreicher Ansätze im Ausland vorlegen, damit dies nicht jedes der 16 Länder allein tun muss.

3.3 Schule in Bayern konsequent weiterentwickeln

Zielgerichteter Reformbedarf besteht auch in Bayern:

- Konsequenter Haushaltsschwerpunkt für Bildung: Die im bayerischen Koalitionsvertrag verankerten zusätzlichen Personalressourcen (6.000 Lehrer und 3.000 Verwaltungskräfte, Schulpsychologen usw.) müssen bis 2028 ohne Kürzungen gezielt für die notwendigen Veränderungen eingesetzt und dahingehend geprüft werden, ob damit alle anstehenden Aufgaben wirklich gelöst oder nur demografische Notwendigkeiten erledigt werden können. Wenn die Kapazitäten nicht ausreichen, muss noch einmal nachgelegt werden. Bildung muss in jedem Fall oberste Priorität in der aktuellen Legislaturperiode und darüber hinaus erhalten, sonst ist der Weg an die Spitze nicht zu schaffen.
- Sozialindex als Steuerungsinstrument und Investitionsgrundlage: Die Ressourcenverteilung muss in Zukunft einem anderen Grundsatz als bisher folgen: Anstatt Investitionen im Schulsystem zumeist nach dem „Gießkannenprinzip“ vorzunehmen, müssen zukünftig mehr Ressourcen in solche Schulen fließen, die größere soziale Problemlagen aufweisen (z. B. bei höherem Migrationsanteil und/oder höherem Anteil von Bürgergeldbeziehern). Nur so kann ein nachhaltiger Beitrag für mehr Bildungsqualität, mehr
- Bildungsbeteiligung und mehr Partizipationsgerechtigkeit im unteren Drittel des Leistungsbereiches geleistet werden.
- Individuelle Sprachförderung von Anfang an: Eine frühe verpflichtende individuelle Sprachstandserhebung in den Kindertageseinrichtungen muss die Regel sein. Werden (erhebliche) Rückstände in der Kernkompetenz Deutsch festgestellt, muss ein individueller Förderplan greifen. Der Übergang in die Grundschule kann und darf in der Regel erst dann stattfinden, wenn definierte Sprachstandards erreicht sind. Sind altersbedingt Übertritte trotz fehlender Fortschritte nicht zu vermeiden, müssen in den weiterführenden Schulen individuelle Sprachförderpläne greifen.
- Zusammenarbeit zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen: Die systematische Kooperation zur individuellen Förderung für einen bestmöglichen Übergang in die Grundschule muss massiv ausgebaut werden. Es soll ein fließender Übergang vom Lernort Kindergarten in den Lernort Schule ermöglicht werden. Sprachstandsdiagnosen am Ende der Kindergartenzeit sollen für die aufnehmende Grundschule die Basis für die weitere individuelle Förderung der Schüler bilden. Innovationsprojekte, wie z. B. „KiDZ – Kindergarten der Zukunft in Bayern“ der Stiftung Bildungspakt Bayern, sollen als Vorbild einer nachhaltigen Kooperation zwischen den beiden Lernorten dienen.
- Flexible Einschulung: Ein zeitlich flexibles und verpflichtendes Vorschuljahr – ein oder zwei Jahre lang, je nach Leistungsstand – muss schnellstmöglich eingeführt werden und dient der altersgerechten Vorbereitung auf die Grundschule. Für die Einschulung soll

- zukünftig nicht mehr das Alter maßgeblich sein, sondern der Entwicklungsstand des Kindes und damit vor allem auch die Beherrschung der deutschen Sprache.
- Jahrgangsgemischte Eingangsstufen: Sind die Voraussetzungen gegeben, können leistungsstarke Schüler bereits nach einem Jahr, die große Gruppe der Schüler nach zwei Jahren, in die dritte Klasse wechseln. Kinder mit erhöhtem Förderbedarf erhalten die Möglichkeit, die jahrgangsgemischte Eingangsstufe (Jahrgangsstufen 1 und 2) auch in drei Jahren zu durchlaufen, um die Standards in Deutsch und Mathematik zu erreichen, die für eine erfolgreiche Schullaufbahn notwendig sind. Das Modell „Flexible Grundschule“ der Stiftung Bildungspakt Bayern hat diesen Weg erprobt und der Ansatz hat sich in der Praxis bewährt. Deshalb sollte die flexible Grundschule in Bayern zur Regel werden.
 - Jedes Talent nach seinen Bedürfnissen fördern: In allen Schulformen muss es grundlegendes Bestreben sein, nicht nur die schwächeren Schüler zu fördern, sondern auch besonders leistungsfähige Schüler zu unterstützen und ihren Anteil an allen Schulen dauerhaft zu steigern.
 - Fortlaufende Qualifizierungsinitiative für das pädagogische Personal: Von den Kindertageseinrichtungen über die Grundschulen bis hin zu den weiterführenden Schulen muss eine Qualifizierungsinitiative für das pädagogische Personal gestartet werden, um die Fachkräfte zu schulen, damit sie den durch die IQB- und PISA-Ergebnisse offensichtlich gewordenen Herausforderungen, wie z. B. der zunehmenden Heterogenität, besser gewachsen sind.
 - Rhythmisierte Ganztagschulen: Die rhythmisierten Ganztagschulen müssen insbesondere in den Sprengeln proaktiv ausgebaut werden, in denen der Sozialindex besonders niedrig ist. Diese Schulform bietet die Chance, mit mehr Lernzeit mehr Bildungsqualität, mehr Bildungsbeteiligung und mehr Partizipationsgerechtigkeit zu erreichen. Nur auf diese Weise werden echte Fortschritte bei den Leistungsschwachen zu erzielen sein.
 - Digitales Lernen: Digitale Lehr- und Lernkonzepte bieten die Chance, Unterricht noch individueller zu gestalten, die Bildungsqualität zu steigern und die Partizipationsgerechtigkeit zu erhöhen. Voraussetzung dafür ist die flächendeckende Bereitstellung der technischen Ausstattung und Infrastruktur. Entsprechend müssen digitale Lehr- und Lernformate als „New Normal“ im Unterricht systematisch verankert und gezielt genutzt werden. Dies kann nur dann nachhaltig gelingen, wenn das pädagogische Personal bereits in der Ausbildung zielgerichtet qualifiziert wird und nachhaltig in dessen Weiterbildung investiert wird.
 - Digitale Souveränität: Digitale Kompetenzen sind unabdingbare Schlüsselfertigkeiten, deren Erwerb in Lehrplänen und schulinternen Curricula konsequent und jahrgangsübergreifend zu verankern ist. Ein souveräner Umgang mit digitalen Medien muss durchgängig und altersgerecht vermittelt werden und ein selbstverständlicher Teil der Unterrichtsgestaltung sein.
 - Gewinnung von Lehrkräften: Laut dem Bayerischen Kultusministerium besteht vor allem an Mittelschulen ein großer Personalbedarf. An dieser Schulform fehlen zwischen 2024 und 2027 insgesamt 2.570 Lehrkräfte. Politik und Kultusverwaltung müssen zeitnah kreative Lösungen entwickeln und umsetzen, um die Lücken beim Lehrkräftebedarf heute und in Zukunft sinnvoll und zielgerichtet schließen zu können. Denn Lehrertücken, das zeigt PISA, führen unweigerlich zu einer geringeren Bildungsqualität.

- Masterplan zur Bildungspolitik: Die vbw fordert die Bayerische Staatsregierung auf, einen Masterplan für mehr Bildungsqualität, mehr Bildungsbeteiligung und mehr Partizipationsgerechtigkeit vorzulegen, in dem deutlich wird, welche Ziele angestrebt und welche Maßnahmen konkret ergriffen werden, um die richtigen Lehren aus der PISA-Misere zu ziehen.

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. begrüßt ausdrücklich, dass die Staatsregierung mit ihrer PISA-Offensive schnell und zielgerichtet auf das Abschneiden deutscher Schüler im Rahmen der letzten PISA-Studie reagiert hat. So wird zum Beispiel die Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen intensiviert und es werden verpflichtende Sprachtests für alle Kinder eingeführt. Weiterhin wird in den Grundschulen ein besonderer Fokus auf die Entwicklung der Basiskompetenzen Deutsch und Mathematik gelegt. Auch sollen in einer Fortbildungsoffensive die Lehrkräfte für die stärkere Förderung dieser Basiskompetenzen fit gemacht werden. Mit diesem Maßnahmenpaket werden zentrale Handlungsempfehlungen der vbw umgesetzt. Die vbw wird den weiteren Umsetzungsprozess intensiv begleiten und empfiehlt der Staatsregierung weiterhin, einen Masterplan vorzulegen, der – aufbauend auf diesen Maßnahmen – auch die weiteren Bildungsphasen in den Blick nimmt.

4 Wirtschaft als Veränderungspartner: vbw setzt Bildungsoffensive weiter fort

Empirische Befunde und Modellprojekte als Stütze für bessere Bildung

bayme vbm vbw sind fest davon überzeugt, dass wir alles dafür tun müssen, die verheerenden PISA-Ergebnisse zum Anlass zu nehmen, uns gesamtgesellschaftlich für mehr Bildungsqualität, mehr Bildungsbeteiligung und mehr Partizipationsgerechtigkeit einzusetzen. Wir stehen weiter als Veränderungspartner bereit, um unseren Beitrag für eine nachhaltige Bildungsoffensive zu leisten – ob in der Stiftung Bildungspakt Bayern oder in allen anderen Formen, in denen wir uns seit mehr als 20 Jahren in allen Bildungsphasen intensiv und ganzheitlich engagieren.

4.1 Mit Studien und Gutachten die Grundlage für Veränderung schaffen

In der im Jahr 1998 gegründeten vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. wurde von Beginn an das Thema Bildung intensiv besetzt und fortlaufend ausgebaut. So wurde beispielsweise eine Vielzahl von Studien veröffentlicht, um zu zeigen, wo bildungspolitischer Handlungsbedarf besteht. Nach den ersten drei Bänden „Bildung neu denken“ (2003, 2004, 2005) wurden seit 2007 bereits über 20 Gutachten des Aktionsrates Bildung publiziert. Wenn weiterer oder spezifischer Forschungsbedarf bestand, wurden zusätzliche Studien zu fachspezifischen Themen in Auftrag gegeben, so zum Beispiel die Studie zur ökonomischen Bildung (2015) wie auch die Studien „Digitale Bildung an bayerischen Schulen“ (Bd. I, 2017; Bd. II, 2021; Bd. III, 2024) und „Digitale Bildung an bayerischen Hochschulen“ (Bd. I, 2018; Bd. II, 2022; geplanter Bd. III, 2026) oder die Befragungen zur Lage der beruflichen Schulen in Bayern (2013 und 2023). Mit diesen Veröffentlichungen liefert die vbw wichtige Planungsgrundlagen für weitere bildungspolitische Entscheidungen und leistet einen Beitrag zu der dringend benötigten stärker evidenzbasierten Bildungssteuerung.

4.2 Mit innovativer Projektarbeit Veränderungen anstoßen

Einen Meilenstein und eine enorme finanzielle Investition leisten die Verbände mit der Mitbegründung der Stiftung Bildungspakt Bayern, die am 12. Oktober 2000 an den Start ging. Die Gesamtförderung seit der Gründung beläuft sich auf rund 22 Millionen Euro. Die Stiftung ist seit Anbeginn an eine Ideenschmiede und Innovationsmotor der bayerischen Bildungspolitik. Sie widmet sich der Förderung und Etablierung moderner Unterrichtsmethoden und neuer Formen des Lehrens und Lernens an Bayerns Schulen. Ziel ist es immer, dass erfolgreiche Projektergebnisse für alle bayerischen Schulen nutzbar gemacht werden.

Neben den vielen Projekten, die im Rahmen der Stiftung Bildungspakt Bayern durchgeführt werden, fördern bayme vbm und vbw seit der Jahrtausendwende eine Vielzahl weiterer Initiativen entlang der gesamten Bildungskette.

In der Position „Lehren aus der PISA-Misere“ wird nur ein kleiner Ausschnitt der wichtigsten Projekte vor allem im Schulbereich benannt. Ziel aller Aktivitäten war und ist es, zentrale bildungspolitische Forderungen aufzugreifen, modellhaft Lösungswege auszutesen und anschließend in der Fläche umzusetzen. Bis heute geben wir Impulse für eine zukunftsgerichtete bayerische Bildungspolitik und werden dies auch in Zukunft tun (vergleiche dazu www.bildunginbayern.de).

Bei allen Bemühungen bleibt jedoch festzuhalten, dass es in Vorschule und Schule letztendlich nicht an empirischen Erkenntnissen fehlt, sondern an der konsequenten, flächendeckenden Umsetzung und der Ableitung eines zügigen und zielgerichteten Masterplans, sowohl im Freistaat Bayern als auch im Bund. Aus diesem Grund lautet unsere Hauptforderung, Bildung in den Haushalten von Bund und Ländern zu priorisieren, Ziele, die es zu erreichen beziehungsweise zu benennen gilt zu monitoren und nicht nachzulassen, die Lehren aus der PISA-Misere konsequent und nachhaltig zu ziehen.

Ansprechpartner/Impressum

Michael Lindemann

Abteilung Bildung, Arbeitsmarkt, Fachkräftesicherung und Integration

Telefon +49 (0) 89-551 78-216

michael.lindemann@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw März 2025